



Rente in der Krise

Vorschläge für eine Reform der gesetzlichen Rentenversicherung

Die Ampelkoalition springt in der Rentenpolitik schon im Anlauf zu kurz. Die gesetzliche Rente steuert auf eine Krise zu. Ab 2025 verschärfen sich deren Finanzierungsprobleme. Das ist seit Jahren bekannt. Das Rentenniveau und die Beitragssätze festzuschreiben sowie am Renteneintrittsalter festzuhalten wird den demographischen Herausforderungen nicht im Ansatz gerecht. Es ist richtig, in eine teilweise Kapitaldeckung der gesetzlichen Rentenversicherung einzusteigen und private Anlageprodukte anzuerkennen. Eine höhere Erwerbsbeteiligung und mehr qualifizierte Zuwanderung sind ebenfalls sinnvoll. Allerdings reicht dies bei weitem nicht aus. An einer Anhebung des gesetzlichen Renteneintrittsalters führt kein Weg vorbei.

Die Demografie und ihre Folgen

Die demografische Entwicklung ist bekannt und kurzfristig nicht zu verändern:

- Die Geburtenzahlen sind im Durchschnitt von über 2 Kinder je Frau in der Zeit vor 1970 auf heute ca. 1,5 gesunken.
- Gleichzeitig steigt die Lebenserwartung um 1-1,5 Jahre pro Jahrzehnt (Prognose).
- Mit dem Renteneintritt der „Babyboomer“ bis 2035 beschleunigt sich die Alterung der Bevölkerung.
- Die Grundrente und die ‚Rente mit 63‘ sorgen für zusätzliche finanzielle Belastungen.

Die doppelte Haltelinie (Rentenniveau 48 Prozent, Beitragssatz 20 Prozent) ist nur eine Scheinlösung. Sie hat zu Konsequenz, dass die Zuschüsse aus dem Bundeshaushalt zu den Rentenauszahlungen von heute 100 Milliarden Euro (30 Prozent der Ausgaben der gesetzlichen Rentenversicherung) mittelfristig auf die Hälfte des Bundesetats steigen würden. Alternativ müssten die Beitragssätze stark ansteigen, wenn das Rentenniveau wie von der Ampelkoalition geplant bei 48 Prozent gehalten werden soll. So oder so: Die jungen Generationen müssen noch mehr Lasten schultern, wenn die Reform der gesetzlichen Rentenversicherung nicht durchgreifend ausfällt.

Die Altersvorsorge im Kern auf stabile Beine stellen

Um die gesetzliche Rentenversicherung auf eine stabile Grundlage zu stellen, muss an mehreren Stellschrauben gedreht werden. Dabei darf es keine Tabus geben. Scheinlösungen führen nicht weiter.

- Wenn die Lebenserwartung steigt, ist es eine Frage der Generationengerechtigkeit, auch das Renteneintrittsalter zu erhöhen. Der wissenschaftliche Beirat beim Bundeswirtschaftsministerium schlägt hierzu eine 2:1 Regel als dynamische Anpassung vor. Steigt die Lebenserwartung um 12 Monate, soll das Renteneintrittsalter um 8 Monate und die Zeit in Rente um 4 Monate erhöht werden.
- Der Nachholfaktor sollte noch vor 2025 wieder eingeführt werden. Es ist nur gerecht, Rentenkürzungen, die politisch unterlassen worden sind, später wieder nachzuholen.
- Manche können oder wollen nicht bis zum gesetzlichen Renteneintrittsalter arbeiten, manche wollen länger arbeiten. Deshalb ist es richtig, ein flexibles Renteneintrittsfenster mit versicherungsmathematisch fairen Zu- und Abschlägen einzuführen.
- Eine kapitalgedeckte Säule der Rentenversicherung kann spürbar dazu beitragen, die Altersvorsorge zu stärken. Allerdings muss das Kapital erst angespart werden und kann nur langfristig einen Beitrag zu Rente leisten.
- Die Erwerbstätigkeit zu steigern und die Zuwanderung qualifizierter Arbeitnehmer zu erhöhen, kann die Rente zumindest entlasten. Langfristig führt beides auch zu steigenden Ansprüchen.

Reform der Rente – Zeit für Entscheidungen

Die Finanzierungsprobleme in der gesetzlichen Rentenversicherung kommen bald und massiv. Weder die doppelte Haltelinie noch eine Finanzierung über den Bundeshaushalt stellen einen generationengerechten Weg dar. Ebenso wenig ist es tragfähig, die Beitragssätze drastisch ansteigen zu lassen. Den jungen Generationen immer noch mehr Zukunftslasten aufzubürden, ist weder gerecht noch nachhaltig. Eine dynamische Anpassung des Renteneintrittsalters mit einem flexiblen Fenster, mehr Kapitaldeckung der Altersvorsorge und eine höhere Erwerbstätigkeit stellen ein wirkungsvolles Bündel dar, das die Rente sicherer machen kann. Eine Reform der Rentenversicherung in diesem Sinne muss in der 20ten Legislaturperiode zügig in Angriff genommen werden. Ansonsten droht später ein tiefer Vertrauensverlust. Wir brauchen jetzt eine umfassende Diskussion über die Rente.

Weitere Informationen und V.i.S.d.P.:

Dr. Johann Schachtner
Generalsekretär